

► Wir betonen, dass dieser tiefgreifende gesellschaftliche Übergang ganzheitlich und inklusiv gestaltet werden muss, indem die Rechte *aller Menschen* geschützt und garantiert werden. Klimamaßnahmen müssen die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen und Gemeinschaften weltweit, einschließlich des globalen Südens und Nordens, verbessern, um wirklich gerecht zu sein.

► Wir bekräftigen die Notwendigkeit eines auf Rechten basierenden Ansatzes für einen gerechten Übergang. Die Durchsetzung der universellen Menschenrechte muss im Mittelpunkt der Übergangsprozesse stehen. Darüber hinaus betonen wir, dass eine sinnvolle Beteiligung aller Teile der Gesellschaft an der Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen im Einklang mit internationalen Konventionen und Rahmenwerken von wesentlicher Bedeutung ist, wenn diese wirksam und integrativ sein sollen. Die Gewährleistung der Generationengerechtigkeit und der Beteiligung der Jugend ist bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung eines gerechten Übergangs von wesentlicher Bedeutung.

► Wir erklären, dass alle Maßnahmen mit dem Ziel der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius gemäß dem Pariser Abkommen, der internationalen Menschenrechtsstandards, der Agenda 2030 und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung im Einklang stehen und die ILO-Leitlinien für einen gerechten Übergang berücksichtigen müssen.

► Wir erkennen den Europäischen Green Deal als den zentralen Rahmen an, durch den wir einen gerechten Übergang in Europa vorantreiben können, und dass dies nur durch die Stärkung seiner sozialen Dimension möglich sein kann. Ein Prozess, der durch eine umfassende Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und eine starke Verbindung mit ihr, auch über den Aktionsplan hinaus, definiert werden muss. Die internationale Dimension des Europäischen Green Deals muss gestärkt werden, um einen Beitrag zum weltweiten gerechten Übergang zu leisten, indem die internationale Klima- und Entwicklungsfinanzierung erhöht und die politische Kohärenz für eine nachhaltige Entwicklung für Länder im globalen Süden sichergestellt wird.

► Wir heben hervor, dass die auf nationaler und europäischer Ebene stattfindende Erholung von der COVID-19-Pandemie durch sozialen Fortschritt und

Innovation gekennzeichnet sein und eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung bewirken muss. Es besteht die Gefahr, dass der Rückgang der CO₂-Emissionen, der sich aus den weltweiten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ergeben hat, nur eine kurz zeitige Unterbrechung der nicht nachhaltigen Entwicklung ist, die als „Große Beschleunigung“ bezeichnet wird, und dass die Emissionen wieder exponentiell ansteigen, wenn die Volkswirtschaften wieder geöffnet werden. Stattdessen muss die Emissionsreduzierung auf eine geplante und faire Weise erfolgen, die allen zugutekommt.

► Wir glauben, dass der Übergang nur dann gerecht sein kann, wenn wir:

- 1 unsere Volkswirtschaften so umgestalten, dass sie gleichberechtigter, inklusiver, transparenter, demokratischer, vielfältiger, feministischer, kollaborativer, zirkulärer und nachhaltiger werden;
- 2 eine neue Arbeitswelt schaffen, die menschenwürdige, hochwertige, nachhaltige Arbeitsplätze ohne Kohlendioxid für alle bietet;
- 3 lokal planen und handeln, um nachhaltige und widerstandsfähige Volkswirtschaften, Sektoren, Gemeinden und Städte wieder aufzubauen;
- 4 Ungleichheiten und den ungleichen Zugang zu Menschenrechten und grundlegenden Dienstleistungen aus einer intersektionellen Perspektive angehen.
- 5 sicherstellen, dass der gerechte Übergang alle EU- und nationalen Politiken und Programme durchdringt;
- 6 die Rolle und Bedeutung der schulischen, außerschulischen und informellen Bildung im Prozess der Gewährleistung eines gerechten Übergangs anerkennen;
- 7 für globale Klimagerechtigkeit sorgen und die internationale Unterstützung und globale Zusammenarbeit verstärken;
- 8 alle politischen Vorschläge und Fortschritte auf der Grundlage bestehender Menschenrechtsregelungen und der besten wissenschaftlichen Erkenntnisse bewerten, die zur Verfügung stehen.

Wir haben uns aus der Zivilgesellschaft, den sozialen und ökologischen Bewegungen und den politischen Parteien zusammengefunden, um uns hinter diesem Aufruf zum Handeln zu vereinen. Um einen wirklich gerechten Übergang zu erreichen, verpflichten wir uns, zusammenzuarbeiten und keine Mühe und Energie zu scheuen, bis die nachhaltige Umwandlung erreicht ist und niemand zurückbleibt.

Wir, die Mitglieder der Europäischen Allianz für einen gerechten Übergang, rufen die Institutionen der Europäischen Union, die nationalen Regierungen und andere Behörden auf, jetzt für einen gerechten Übergang für alle zu handeln. Dies beginnt damit, dass durch Partizipation und sozialen und zivilen Dialog eine starke soziale Dimension in alle Politikbereiche integriert wird und sichergestellt wird, dass die Ziele in den Bereichen Klima und biologische Vielfalt erreicht werden.

“ Wir rufen zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Bewegungen und andere gleichgesinnte Akteure auf allen Ebenen auf, sich in Allianzen zusammenzuschließen, die einen gerechten Übergang fordern, denn nur durch Zusammenarbeit können wir sicherstellen, dass der Übergang zu einem klimaneutralen Europa zu gerechteren, widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Wohlstandsgesellschaften führt. ”

